



**Rede von**

**Gerhard Zorn**

**Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion  
im Rheinisch-Bergischen Kreis**

**zum**

**Haushalt und Stellenplan 2023**

**Pflegenotstand gemeinsam  
bekämpfen**

**Krisen begegnen**

**Keine neuen Stellen  
ohne Begründung  
dauerhaft schaffen**

**(Es gilt das gesprochene Wort.)**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der vierte Krisenhaushalt – 2020 im ersten Corona-Jahr nur in der Bewirtschaftung – steht zur Verabschiedung an. In den Vorbemerkungen zum Haushalt, aktualisiert durch den Veränderungsdienst, ist nachlesbar, welche Auswirkungen die multiplen Krisen auf den Kreishaushalt haben:

- Belastung durch die Corona-Pandemie – in 2023 immer noch rd. 2,4 Mio. €
- Starkregenereignis vom Juli 2021 – 12 Mio. € Schaden – refinanziert, so die Erwartung, durch den Wiederaufbauplan des Landes
- Folgen des Ukrainekrieges insbesondere durch höhere Energie- und Treibstoffkosten und höhere Kosten der Unterkunft: Zusammen ca. 11 Mio. €

Über die wirtschaftliche Isolierung der Belastungen durch die Pandemie und der Folgen des Krieges, quasi die Abschreibung der Kosten auf bis zu 50 Jahre, werden spätere Generationen belastet, um eine sehr hohe Belastung der Bürgerinnen und Bürger heute zu vermeiden. Aber ab 2026 werden wir die zusätzlichen Mittel an anderer Stelle einsparen oder aus dem Steueraufkommen erwirtschaften müssen.

Der Kreis partizipiert vom Steueraufkommen der Kommunen über die Kreisumlage. Der Hebesatz der Kreisumlage bleibt stabil. Er soll aus Sicht der SPD-Fraktion auch mindestens bis zum Ende der Finanzplanung des Kreises – also bis 2026 - stabil bleiben! Das bedeutet, dass die Ausgleichsrücklage, mit der der Kreis Defizite im Jahresabschluss auffangen kann, wie in der Vergangenheit für eine stabile Umlage genutzt werden muss. Der Kämmerer geht bei seiner Finanzplanung davon aus, dass die Ausgleichsrücklage in Höhe von 40,7 Mio. € – Stand Ende 2020 – bis Ende 2026 auf 611 T€ abschmilzt.

Die Kämmerinnen und Kämmerer der kreisangehörigen Kommunen haben das in Ihrer Stellungnahme gegenüber dem Kreis positiv kommentiert: „Das Abschmelzen der Ausgleichsrücklage im Finanzplanungszeitraum wird ausdrücklich begrüßt.“ Dem ist nicht zu widersprechen!

Der Kreis entlastet die Kommunen durch die Weitergabe der gesenkten LVR-Umlage und eine weitere Einmalzahlung um insgesamt 9,3 Mio. €. Die Summe dieser Maßnahmen führt bei erwarteten Defiziten des Kreises in den kommenden Jahren zu einem gerechten Ausgleich der Interessen von Kreis und Kommunen. Diesen Weg halten wir für besser als die Vorschläge der FDP.

Den Kommunen ist anzubieten, positive Jahresabschlüsse des Kreises ab 2021 an sie auszuschütten. Wir geben so den Kommunen Gewinne zurück. Negative Ergebnisse werden durch Zugriff auf die Ausgleichsrücklage finanziert. Das stärkt den Zusammenhalt in der kommunalen Familie.

Drei Themen will ich aus dem Haushalt besonders herausheben:

Der Jugendhilfeumlagesatz steigt erneut! In 10 Jahren hat sich der Aufwand des Kreisjugendamtes von 12,7 Mio.€ 2013 auf 24 Mio. € 2023 fast verdoppelt. Dies belastet Burscheid, Kürten und Odenthal in besonderer Weise. Land und Bund müssen höhere Qualitätsstandards, die sie vorgeben, auch finanzieren. Die Kommunen können richtige Maßnahmen wie beispielsweise den Ausbau des Ganztags nicht allein stemmen. Ich finde aber auch die Steigerung der Fallzahlen zur Kindeswohlgefährdung, wie sie der Sozialbericht 2021 ausweist, erschreckend. Das sind die dunkelsten Schattenseiten der Corona-Pandemie!

In vier Jahren hat sich der Zuschussbedarf für den ÖPNV von 9,4 Mio. € im Jahr 2000 auf 20,7 Mio. € 2023 mehr als verdoppelt. Die Ausweitung des Angebotes und die Umstellung auf einen lokal emissionsfreien ÖPNV hinterlassen ihre Spuren im Haushalt. Die SPD-Fraktion steht klar und eindeutig zu diesen Ausgaben. Und wir werden punktuelle Verbesserungen auch in Zukunft brauchen – und umsetzen. Jetzt bleibt der Wunsch, dass durch das größere Angebot und bezahlbare Preise durch das 49 € Ticket die Nutzung von Bus und Bahn weiter steigt. Für Menschen mit geringem Einkommen fordern wir weiterhin ein Ticket von 29 € in NRW. Klimafreundliche Mobilität muss finanziert und für alle bezahlbar sein.

Mit der Übernahme der Trägerschaft für die Berufskollegs in Bergisch Gladbach durch den Kreis beginnt eine neue Ära. Nachdem Berufsschulfachklassen kurz vor dem Aus standen (Industriekaufleute), haben die Berufskollegs im Südkreis jetzt wieder eine Zukunft. In diese Zukunft müssen und werden wir investieren, damit die Arbeitgeber im Kreis im Wettbewerb um bitter benötigte Nachwuchsfachkräfte nicht abgehängt werden. Mit dem geplanten „Campus für berufliche Bildung“ wird ein Standort mit Zukunft geplant – für die Region, für die Berufsschülerinnen und -schüler und die ausbildenden Betriebe insbesondere im Handwerk! Ich danke Frau Thieme, Frau Thiemann und ihrem Team, die das Problem gesehen und Alternativen entwickelt haben! Aber auch den Beteiligten in den Kommunen – insbesondere Bürgermeister Stein, der das Vorhaben aktiv unterstützt und vorangebracht hat. Gemeinsam gute Zukunft gestalten wird hier Wirklichkeit!

Meine Damen und Herren,

aus einer Sondersitzung der SPD-Arbeitskreise Gesundheit und Soziales ist mir die Aussage der Abteilungsleiterin für Soziales und Inklusion im Kopf: „Der Pflegenotstand im Kreis ist schon da!“ Neben der Erläuterung dessen, was die Verwaltung selbst auf den Weg gebracht hat, ein Hilferuf Richtung Politik, dass deutlich mehr gemacht werden muss!

In einer Vorlage an den Sozialausschuss schreibt die Kreisverwaltung: „Die demographische Entwicklung und die damit einhergehende überalternde Gesellschaft ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Als einer der ältesten Kreise in NRW ist der Rheinisch-Bergische Kreis von dieser Entwicklung besonders betroffen.

Die Zahlen hierzu liefert der Sozialbericht 2021. Hier heißt es: „Fast jede zweite Person im Rheinisch-Bergischen Kreis ist 50 Jahre und älter, jede vierte Person 65 Jahre und älter. ... Für die kommenden zehn Jahre ist mit einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung im Rheinisch-Bergischen Kreis zu rechnen.“ Mehr ältere Menschen bedeuten, dass mehr Menschen pflegerische Hilfe und Unterstützung brauchen.

Beim Thema Pflege geht es nicht um gute Worte und Verständnis. Wir brauchen mehr Pflegekräfte! Aktuell reicht das Personal nicht – nicht für die ambulante Pflege, nicht für die Kurzzeitpflege, nicht für die stationäre Pflege – und schon gar nicht für ausreichend Zeit für die pflegebedürftigen Menschen.

Berufe in der Pflege müssen attraktiver werden! Sie müssen z.B. deutlich besser bezahlt werden! Und die hierdurch entstehen höheren Kosten sind durch die zuständigen staatlichen Stellen auch zu finanzieren!

Die SPD-Fraktion betrachtet die von uns gestellten Anträge für ein Integrationskonzept für Pflegekräfte aus dem Ausland und für ein umfassendes Personalgewinnungskonzept zur Unterstützung ambulanter sowie stationärer Pflegeeinrichtungen als ersten Schritt.

Ich freue mich, dass beide Anträge nach den Rückmeldungen eine Mehrheit finden werden. Die gemeinsame Resolution unterstützt diese Punkte. Bund und Länder müssen die Insolvenz von Anbietern in der Krise verhindern.

Meine Damen und Herren,

wir müssen die Solarpotential beim Rheinisch-Bergischen Kreis endlich voll ausschöpfen, Dächer und Parkflächen nutzen, wo sich dies lohnt. Die gewonnene Energie müssen wir für den Eigenverbrauch und Ladestationen für E-Fahrzeuge nutzen.

Das Förderprogramm „Auf dem Weg zum Solarkreis“ des Kreises musste bislang nicht gestoppt werden, weil Zuschüsse aus der „Billigkeitsrichtlinie für kommunale Klimaschutzinvestitionen“ die Finanzierung aufgestockt haben. Erfolgt dies in Zukunft nicht, müssen wir die Mittel für das Programm überplanmäßig aufstocken.

Wäre meine Rede hier zu Ende, könnte ich verkünden, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt uneingeschränkt zustimmt.

Aber meine Damen und Herren,  
da ist noch ein Thema offen: Der Stellenplan!

Die SPD-Fraktion im Kreis sieht die erhebliche Arbeitsbelastung, die Plus- und Überstunden und die nach und durch Corona entstandene Erschöpfung. Wir sehen die Belastung nach Corona, weil vieles liegen geblieben ist. Dies sehen wir – aber dies rechtfertigt allein zumindest nicht dauerhaft eingerichtete neuen Stellen.

Wir sehen die Belastung durch unbesetzte Stellen, Vakanzen z.B. durch Langzeiterkrankungen. Hiergegen helfen neue Stellen nicht, wenn sie nicht explizit für befristete Einsätze in verschiedenen Bereichen, also für Springer gedacht sind.

In einem geordneten Verfahren, mit ausreichend Informationen und der notwendigen Vorbereitung und Vorberatung in den Fachausschüssen und im Personalausschuss wäre vieles einvernehmlich möglich gewesen, was jetzt nicht oder später und mit erheblichem Schaden für den Kreis passiert.

Die Verantwortung hierfür trägt nicht die Politik, sondern der Landrat!

Landrat Santelmann hat sich dazu entschlossen, 80 Stellen nachträglich vorzulegen. Mit einer Vorlage, die nicht einmal den Anschein einer ausreichender Entscheidungsgrundlage und Begründung erweckt. Diese Vorlage hat die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister brüskiert. Und der Kreistag soll einen Blanko-Scheck ausstellen! Die SPD unterschreibt diesen Blanko-Scheck nicht.

Sie, Herr Landrat, haben dieses Vorgehen vorgegeben oder gebilligt. Das Chaos um das Personal in der Kreisverwaltung geht auf Ihr Konto. Persönlich bleiben Sie sich treu: Nach dem Pandemie-Chaos, den Kreisen-Management-Chaos folgt jetzt das Personal-Chaos! Herr Santelmann: Sie bleiben der Chaos-Landrat der Region!

Zur Vorlage:

Im Sommer gab es den ersten Versuch, 11 Stellen zur Stärkung der personellen Situation in der Corona-Pandemie einzurichten. Aus mehreren Fraktionen, auch der SPD, gab es die Rückmeldung: Die Begründung ist für eine Entscheidung nicht ausreichend. Dabei waren die Informationen verschwenderisch umfassend: Immerhin wurde uns für jede Stelle der Stellenwert mitgeteilt.

Mit solchen Details will der Landrat unsere Diskussion bei den 80 neuen Stellen nicht belasten. Zum Stellenplan sollen 80,78 – da ist man sehr präzise – ohne konkreten Stellenwert eingerichtet werden. Ein Novum im Kreis. Ein No-Go!

Meine Lieblingsstelle bleibt: „Die Wahrnehmung pflichtiger fachlicher Verwaltungstätigkeiten erfordern in verschiedenen Ämtern aufgrund neuer Aufgaben oder Fallzahlenzuwachs zusätzliches Personal.“ Konkret: 7,63 Stellen!

Anders gesagt: Wegen irgendwelchen neuen Aufgaben oder irgendwie mehr zu tun sollen irgendwo 8 Stellen eingerichtet werden. Fragt bloß nicht!

Ich bin beruflich mit Stellen, Stellenplan und Stellenanträgen beschäftigt. Ich schreibe für zwei Stellen mindestens vier Seiten. Wenn ich hier die drei Stellen für das Berufskolleg weglasse – da gut begründet – komme ich auf 51 Zeilen für 77,78 Stellen. Also: 0,7 Zeilen pro Stelle! Das muss nach Ansicht des Landrats für den Kreistag reichen! Alle Fachkundigen aus meinem beruflichen Umfeld, aus den anderen Kommunen, aus den anderen Stadt- und Gemeinderäten und aus anderen Behörden fragen: Ist das bei Euch üblich? Nein! Es darf nicht üblich werden!

Dabei wissen wir alle, dass es ausführliche Begründungen gibt. Von mindestens 40 Seiten ist die Rede. Es wurde entschieden, diese Begründungen dem Kreistag nicht vorzulegen, sondern vorzuenthalten: Das ist die Frechheit hinter diesem Vorgehen.

Wir sind bereit, bei guter Begründung und umfassenden Informationen neue Stellen einzurichten! Das sage ich auch Richtung Personal und Personalrat! Aber 0,7 Zeilen pro Stelle sind keine Info, sondern Veräppelung des Kreistages.

Der Kreistag sollte mit dem Blanko-Scheck über den Tisch gezogen werden. Wir haben die Reibungshitze gespürt! Alle Fraktionen haben Stoppschilder aufgestellt. Ja! Wir alle wollen die Besetzung genau prüfen! Ja! Die Mehrheitsfraktionen tragen jetzt dem Unmut in den eigenen Reihen und der berechtigten Wut der Kommunen Rechnung. Aber man setzt auf ruhiges Wasser in 2024!

Können wir heute priorisieren? Nein! Die SPD-Fraktion ist nicht bereit, auf Basis von 0,7 Zeilen pro Stelle heute zu entscheiden, ob 9,5 Stellen im Bereich Katastrophenschutz und Rettungsdienst – wer will da schon nein sagen – wichtiger sind als 6 Stellen zur Planung und Durchführung von Baumaßnahmen im Bereich der Schulen und Rettungswachen.

Werden 2023 echt 80 Stellen benötigt und besetzt. Nein! Laut Vorlage kosten die neuen Stellen in 2026 insgesamt 6,9 Mio. €. In 2023 ist aber lediglich ein Mehraufwand von 1 Mio. € geplant. 30 Stellen, die die SPD für ausreichend hält, kosten bei Besetzung zum 01.07.23 ca. 1,3 Mio. €. Also glaubt die Verwaltung selbst nicht, die 80 Stellen in 2023 einzurichten, auszuschreiben und zu besetzen.

Aber Schwarz / Grün will tatsächlich heute für 80 Stellen den Weg frei machen. Dann sind sie im Stellenplan! Dann werden sie 2024 im Stellenplan fortgeführt. Drin ist drin! Und das ist der Sinn: Jetzt Augen zu und durch - und 2024 Ruhe an der Front! Jetzt für den Landrat Prügel einstecken, den Stellplan 2024 geräuschlos durchwinken und aufatmen!

Das ist mit uns, der SPD, nicht zu machen!

- Die SPD wir maximal 30 Stellen zustimmen – mit Besetzungssperre!
- Wir fordern umfassende Informationen in den Ausschüssen und dem Kreis-ausschuss vor Auflösung der Besetzungssperre!
- Wir fordern eine Information zu den zusätzlichen Kosten.
  - Wo sollen neue Mitarbeiter arbeiten?
  - Mit welcher Ausstattung?
  - Müssen hierzu Mietverhältnisse länger bestehen bleiben?
- Wir wollen nicht, dass die weiteren 50 Stellen einfach so nach 2024 über-nommen werden!

Schwarz – Grün will die 80 Stellen auf Vorrat in den Stellenplan! Für diesen Blanko-Freifahrtschein macht Schwarz – Grün heute im Kreistag den Weg frei!

Die SPD-Fraktion geht nicht mit.

Daher lehnt die SPD den Stellenplan 2023 ab!

Und damit lehnen wir den Haushalt in der Schlussabstimmung ab!